

Zur Entwicklung und zum Selbstverständnis der sozialistischen Bewegung in Japan

YOSHIHIKO SEKI

Bearbeitet und aus dem Englischen übersetzt von Udo Ernst Simonis

Bei der Betrachtung und Analyse der sozialistischen Bewegung in Japan sind u. a. folgende Fragen relevant: Warum gibt es überhaupt zwei sozialistische Parteien, die Japanische Sozialistische Partei (JSP) und die Demokratische Sozialistische Partei (DSP)? Worin besteht der ideologische Unterschied zwischen diesen beiden Parteien sowie diesen und der Japanischen Kommunistischen Partei (JKP)? Warum geht die JSP so sehr auf einer Linie mit der Volksrepublik China, daß sie mit dieser gleichlautende Erklärungen abgibt, wie die, daß der amerikanische Imperialismus der gemeinsame Feind sei? Im folgenden soll versucht werden, auf diese Fragen eine Antwort zu geben, wozu zunächst ein historischer Überblick notwendig wird.

Die Sozialistischen Parteien im Vorkriegs-Japan

Vor dem Ersten Weltkrieg hatte sozialistisches Ideengut innerhalb der Arbeiterschaft in Japan keine tiefen Wurzeln schlagen können¹. Und nach dem Kriege wurden die Aussichten parlamentarischer sozialistischer Parteien von nicht wenigen innerhalb der Gruppe der Sozialisten skeptisch beurteilt, weil die arbeitende Klasse von den Wahlen ausgeschlossen blieb. Doch die Verkündung des allgemeinen Männerwahlrechts im Jahre 1925 ermutigte viele von ihnen, ebenso wie auch die Führer der Arbeiterschaft, sich ernsthaft an die Formierung legaler sozialistischer Parteien zu machen, um auf diesem Wege sozialen Reformen zum Durchbruch zu verhelfen. Mehr als ein Dutzend sozialistischer Parteien wurde binnen kurzer Zeit ins Leben gerufen, viele als Ergebnis von Zusammenschlüssen bzw. Absplitterungen aus den eigenen Reihen. Hier ist nicht genügend Raum, jede dieser Parteien in allen Einzelheiten zu beschreiben, deshalb werden sie in vier Gruppen klassifiziert:

Zunächst gab es die Japanische Kommunistische Partei (JKP) als Untergrundorganisation, die seit ihrer Gründung im Jahre 1922 unter strikter Kontrolle der Komintern stand. Obwohl viele ihrer Führer verhaftet wurden, führte sie ihre Kampagnen bis zum Jahre 1936 durch.

Daneben bestand die nicht-kommunistische, aber stark linksgerichtete **Rono**-Gruppe. Unter den Mitgliedern der **Rodominto**², der ersten legal gegründeten sozialistischen

¹ Der erste Versuch der Gründung einer sozialistischen Partei erfolgte in der Meiji-Zeit. Eine Anzahl meist christlicher Sozialisten gründete im Jahre 1901 die Sozialdemokratische Partei Japans, die aber am gleichen Tage von der Regierung wieder zur Auflösung gezwungen wurde. 1906 kam es unter dem verhältnismäßig liberalen Kabinett Saijoni zur Bildung der Sozialistischen Partei Japans, die jedoch im folgenden Jahr wieder aufgelöst wurde.

² Rono ist die Abkürzung von Rodo (oder Ro) für „Arbeit“ und Nomin (oder No) für „Bauer“. To bedeutet „Partei“.

Partei nach dem Ersten Weltkrieg, gab es wiederum zwei Untergruppierungen. Die eine setzte sich aus versteckten Mitgliedern der JKP zusammen, während die andere aus den Gegnern des Prinzips einer Vorhut-Partei im Sinne der Leninschen Parteiorganisation bestand. Diese letztere Gruppe ging dann später mit anderen zusammen, um die **Musan-taishuto**³ zu gründen, deren ideologische Führer H. Yamakawa und T. Sakai waren. Sie verfocht die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft durch vom Gesetz gedeckte Methoden, durch Intensivierung des Klassenkampfes im Wege der Massenorganisation. Man kann ihre Haltung daher in mancher Hinsicht mit den Ideen Rosa Luxemburgs vergleichen, auch weil sie gegen das Leninsche Prinzip der Parteiführung eingestellt war.

Weiterhin gab es die **Nichiro-Gruppe**⁴, deren ideologische Orientierung aber niemals klar herausgearbeitet worden ist. Sie nahm innerhalb der sozialistischen Bewegung eine mittlere Stellung ein, klagte einerseits den rechten Flügel des Opportunismus an und verdammt andererseits den linken Flügel des Abenteuerertums. Ihre Haltung war in mancher Hinsicht Karl Kautskys Sozialdemokratischer Partei zu Beginn des Jahrhunderts ähnlich.

Ferner gab es die **Shakaiminshuto (Shamin)-Gruppe**⁵, die hinsichtlich ideologischer Kontroversen zunächst nicht sehr begeisterungsfähig war. Sie konzentrierte ihre Energien darauf, die unmittelbare Reform sozialer Umstände durch parlamentarische Methoden anzugehen. Ihre Orientierung kann mit Eduard Bernsteins sogenannten Revisionismus oder auch mit der der Fabian-Society verglichen werden.

Von der JKP abgesehen, schlossen sich die vier oben genannten Gruppen bis zum Jahre 1931 in zwei Parteien zusammen, die sich dann ein Jahr später zur Geeinten Sozialistischen Partei, **Shakaitaishuto** genannt, zusammaten, um dem Druck der militaristischen Bewegung, die durch den Mandchurei-Zwischenfall ausgelöst worden war, effektiven Widerstand leisten zu können. Die Partei litt jedoch unter dem Abspalten kleinerer Gruppen, die sich die politischen Aussagen nationalistisch-militaristischer Kreise zu eigen machten und später in diesen aufgingen. Bei den allgemeinen Wahlen zum Parlament im Jahre 1936 errang die Geeinte Sozialistische Partei 18 Sitze und vermochte diese Zahl bei den nächsten Wahlen zu verdoppeln. Aber dies war gleichzeitig auch der Höhepunkt ihres Erfolges. Im Verlaufe des Chinesisch-Japanischen Krieges spaltete sich auch diese Partei in zwei Gruppen auf, und zwar eine, die mit der Armee kooperierte, und eine andere, die wegen ihrer Weigerung zur Kooperation unterdrückt wurde⁶. Schließlich wurden unmittelbar vor Ausbruch des Pazifik-Krieges mit Ausnahme einer Frontorganisation, der **Taiseiyokusankai**, die mit der Regierung zusammenarbeitete, die politischen Parteien verboten.

Hier soll noch auf einige Charakteristika der sozialistischen Bewegung in dieser Periode eingegangen werden, insofern und soweit sie für die Entwicklung der Nachkriegszeit von Bedeutung sind. Obwohl die vielen erfolgten Spaltungen der Parteien weitgehend eine Konsequenz der vorhandenen ideologischen Kontroversen waren,

³ Musan bedeutet „ohne Eigentum“ oder „Proletarier“ und Taishu „die Massen“ oder „das Volk“.

⁴ Nichi ist die Abkürzung von Nippon — „Japan“.

⁵ Shakai bedeutet „sozial“ oder „sozialistisch“ und Minshu „das Volk“ oder „die Massen“.

⁶ Jene, die die Kooperation mit der Regierung verneinten, waren Leute wie I. Abe, S. Nishio, T. Katayama von der Shamin-Gruppe und M. Suzuki, H. Yamakawa von der Rono-Gruppe, die nach dem Zweiten Weltkrieg den Kern der JSP bildeten.

wäre es falsch, den Faktor des persönlichen Machtkampfes unter den Sozialisten völlig zu vernachlässigen. So stellt sich zunächst die Frage, warum es so einfach war, eine solch große Zahl von Parteien zu gründen. Nachdem sich die frühen Bemühungen zur Organisation von Gewerkschaften (um die Jahrhundertwende) als fruchtlos erwiesen hatten, war man während des Ersten Weltkrieges erfolgreicher gewesen. Die Zahl der organisierten Beschäftigten stieg seither langsam, aber stetig an und erreichte im Jahre 1937 ihren Höhepunkt mit 400 000. Die Quote der so organisierten an der Gesamtzahl der Beschäftigten hatte aber selbst in diesem Jahr nur 6,9% betragen. Die japanischen sozialistischen Parteien konnten daher nicht mit der starken Unterstützung der Gewerkschaften rechnen, wie dies z. B. in England der Fall war. In Japan waren es nicht die Gewerkschaften, die die sozialistische Bewegung besonders förderten, im Gegenteil, die sozialistischen Politiker ermutigten die einzelnen Gewerkschaften, sich mehr und primär um sich selbst zu kümmern und eine Politik der eigenen Stärke und des jeweiligen Eigeninteresses zu betreiben⁷. Ohne eine geeinte und starke Gewerkschaft im Hintergrund, die mögliche Absplitterungen innerhalb der politischen sozialistischen Bewegung hätten verhindern können, konnten Politiker wiederum relativ leicht eigene Parteien nach eigenen Vorstellungen gründen.

Ein zweites Charakteristikum bestand darin, daß ausgehend von der Zahl der bei den allgemeinen Wahlen gewonnenen Stimmen, die Parteien des rechten Flügels — besonders die **Shakaiminshuto** — weit stärker waren, als die des linken Flügels. Hinsichtlich der Publikationsaktivität war dagegen der linke Flügel sehr viel stärker. Die meisten Veröffentlichungen in den Monatszeitschriften stammten aus der Feder marxistischer Intellektueller, die entweder zur JKP oder zur **Rono**-Gruppe gehörten. Es würde einer weiteren Abhandlung bedürfen, die Vorherrschaft der linksgerichteten Ideologie unter den Intellektuellen Japans in der Periode vor dem Zweiten Weltkrieg erklären zu wollen; hier seien daher nur zwei Faktoren erwähnt. Zunächst fiel das Entstehen der Parteien zeitlich mit den Nachwirkungen der Russischen Revolution zusammen. Diese Revolution faszinierte besonders in Japan viele progressive Intellektuelle, wo die demokratische Tradition im Volke nicht tief verwurzelt war. Zwar hatte die japanische Regierung das allgemeine Männerwahlrecht verkündet, wenn auch zögernd und unter dem Druck der öffentlichen Meinung; aber die Tatsache, daß die Nachwirkungen der Russischen Revolution dieser Regelung auf den Fersen folgten und daß die späteren Regierungen bei der tatsächlichen Anwendung des Wahlrechtsgesetzes zögerten, hinterließ bei den Intellektuellen hinsichtlich der Aussichten der parlamentarischen Demokratie eine tiefe Skepsis. In England war der Sozialismus als eine Weiterführung der Idee der Demokratie im parlamentarischen Bereich auf die wirtschaftlichen und sozialen Bereiche angesehen worden, in Japan wurde der Sozialismus jedoch, zumindest zu jener Zeit, primär als Mittel der Modernisierung betrachtet, deren Grundsätze inkompatibel zu sein schienen mit jenen der parlamentarischen Demokratie. Diese Art der Interpretation sozialistischer Ideen spielt für die spätere Herausarbeitung und Gestaltung des sozialistischen Gedankengutes in Japan eine wichtige Rolle. Ein zweiter Faktor war die Unterdrückung der JKP, die in den Untergrund getrieben und danach als die einzige Partei betrachtet wurde, die mit allen

⁷ Die Gewerkschaftsbewegung vor dem Ersten Weltkrieg läßt sich in drei Gruppen zusammenfassen: Rodo Sodomei, Nippon Rodokumiai Domei und Zensangyo Rodokumiai Zenkokyogikai. Diese drei unterstützten jeweils die Shamin-, die Nichiro- bzw. die Rono-Gruppe, aber die Zahl ihrer Mitglieder hat 350 000 nicht überschritten.

Fasern gegen die bestehende Gesellschaft war und sie militant bekämpfte. Jene Intellektuellen, die nicht das Risiko einer Gefängnisstrafe auf sich nehmen wollten, verehrten diese Partei wie ein Idol. Die Bücher von Marx und Lenin standen bei der japanischen Intelligentsia im Rufe heiliger Schriften und der sowjetische Kommunismus wurde zum einzigen Maßstab, nach dem sie die Reinheit sozialistischer Ideologie einschätzten. Je ungünstiger die Gedanken einzelner Sozialisten, gemessen an diesem ihrem Maßstab, erschienen, als um so dekadenter wurden sie eingestuft. Man hat dies daher auch mit dem intellektuellen Klima innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unter Bismarcks Ausnahmegesetz verglichen.

Ein anderer Punkt, der für das Verständnis der sozialistischen Bewegung in der Nachkriegszeit wesentlich ist, sind die Kontroversen unter den Marxisten selbst. Die Thesen der Komintern vom Jahre 1927 hatten in Japan einen tiefen Eindruck hinterlassen und eine Gruppe von Marxisten, **Koza**-Gruppe genannt⁸, vertrat die Gültigkeit dieser Thesen ausdrücklich. Sie behauptete, daß die bestehende japanische Gesellschaft als von einem halb-feudalistischen, halb-absolutistischen Regime kontrolliert zu betrachten sei, daß es sich um eine Gesellschaft auf einer Entwicklungsstufe handele, die der reifen kapitalistischen Gesellschaft vorausgehe. Damit wurde impliziert, daß Japan zwei Phasen der Revolution durchlaufen solle: der erste Schritt sei die bourgeoise Revolution zur gewaltsamen Überwindung der halb-feudalistischen Gesellschaftsordnung; diese sollte dann in das zweite Stadium transformiert werden — eine proletarische Revolution, die der ersten möglichst schnell zu folgen habe, so wie es in Rußland der Fall gewesen war.

Gegen diese Einstellung bildete sich eine andere, die der **Rono**-Gruppe heraus, die zwar auch noch aus Marxisten bestand, sich aber der Strategie und den Taktiken der JKP energisch entgegenstellte. So wiesen sie beispielsweise die These der Komintern vehement zurück, mit dem Argument, daß die bestehende japanische Gesellschaft als eine Gesellschaft verstanden werden müsse, die in das Stadium des Monopolkapitalismus eingetreten sei. Daher, so folgerten sie, müsse die zu erwartende Revolution eine Ein-Stufen-Revolution, d. h. eine sozialistische Revolution sein, die auch nicht gewaltsam und unter Führung einer einzigen Partei erfolgen solle, sondern durch eine Massen-Klassen-Partei, nämlich die Masse der klassenbewußten Werktätigen. Diese Gruppe stand zwar weiterhin im Gegensatz zum sogenannten Parlamentarismus, wie er von der **Shamin**-Gruppe befürwortet wurde, aber sie bestand darauf, daß das Parlament als eines der wichtigen Mittel im Klassenkampf Verwendung finden sollte.

Diese Kontroverse zwischen der **Koza**- und der **Rono**-Gruppe schien eine mehr akademische Kontroverse zu sein, in Wirklichkeit aber war sie entscheidend verbunden mit der Strategie und den Taktiken der erwarteten Revolution. Betrachtet man dies aus der Rückschau und unvoreingenommen, dann erscheinen die Diagnosen, die von beiden Seiten zur bestehenden japanischen Gesellschaft erstellt wurden, weniger als das Ergebnis wissenschaftlicher Untersuchungen denn als Rechtfertigung vorherbestimmter Strategien.

⁸ Koza ist die Abkürzung von Nippon Shihonshugi Koza, was soviel heißt wie „eine Reihe von Vorträgen über japanischen Kapitalismus“.

Die Entwicklung der Japanischen Sozialistischen Partei

Mit dem Ende des Krieges wurden auch alle AusnahmeGesetze außer Kraft gesetzt. Die Sozialisten, während des Krieges zum Stillhalten gezwungen, nahmen ihre Aktivitäten sogleich wieder auf. Die frühere **Shamin**-Gruppe ergriff die Initiative zur Gründung einer geeinten Partei. Die ehemalige **Rono**-Gruppe zögerte zunächst beizutreten, weil sie annahm, daß die sozialistische Bewegung unter der amerikanischen Besatzungsmacht kaum Aussichten haben würde. Auch die ehemalige **Nichiro**-Gruppe zeigte wenig Enthusiasmus, da von vielen ihrer Mitglieder zu vermuten stand, Opfer politischer Säuberungen werden zu können. Es dauerte jedoch nicht lange, bis die **Rono**-Gruppe und jene Mitglieder der **Nichiro**-Gruppe, die die Säuberungswellen überstanden, sich der geeinten Japanischen Sozialistischen Partei anschlossen, die gegen Ende 1945 von der **Shamin**-Gruppe ins Leben gerufen worden war. Fast zur gleichen Zeit wurden die aus den Gefängnissen entlassenen Kommunisten von der Besatzungsmacht ermutigt – zum erstenmal in der Geschichte Japans – ihre eigene Partei legal zu gründen.

Das Entstehen einer geeinten Sozialistischen Partei bedeutete aber nicht die Überwindung der alten ideologischen Risse. Die früheren persönlichen und ideologischen Hader lebten nun innerhalb der Partei wieder auf. Es begann ein Kampf zwischen dem „linken Flügel“, den ehemaligen Mitgliedern der **Rono**-Gruppe, und dem „rechten Flügel“, der sich aus der ehemaligen **Shamin**- und **Nichiro**-Gruppe zusammensetzte (wobei die beiden letzteren immer noch separate Gruppen mit eigenen Führern bildeten)⁹. So dauerte es denn ziemlich lange, bevor die JSP ein eigenes Programm annahm, das ihre allgemeine Orientierung klarstellen sollte.

Die Kontroverse zwischen dem ‚rechten‘ und dem ‚linken‘ Flügel entzündete sich an den gegensätzlichen Auffassungen über die einschlagende Strategie der JSP¹⁰. Die ‚Linken‘ mit Inamura an der Spitze forderten die damals tonangebende Gruppe heraus durch die Befürwortung einer Demokratischen Einheitsfront, die alle „demokratischen“ Elemente, einschließlich der Kommunisten, zusammenfassen sollte, um die reaktionäre, kapitalistische Regierung zu stürzen und die Demokratisierung Japans voranzutreiben. Auf der anderen Seite verteidigte Morito, als Sprecher der ‚Rechten‘, die Idee einer Nationalen Demokratischen Front, weil er der Meinung war, daß das erste, was in einem besiegten und verwüsteten Land wie Japan anzugehen wäre, die Wiederherstellung der nationalen Einheit sei, basierend auf dem Prinzip einer parlamentarischen Demokratie. Er vertrat ferner die Ansicht, daß es für die Partei unter gewissen Umständen zulässig sein könnte, eine Koalition mit bürgerlichen Parteien einzugehen, solange jedenfalls, wie diese sich an demokratische Spielregeln hielten. (Diese These war dazu bestimmt, die Bildung des Katayama-Kabinetts – von 1947 bis 1948 – zu rechtfertigen, das tatsächlich eine Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien darstellte.) Beide Seiten benutzten den Terminus „Demokratie“, der für jede von ihnen aber unterschiedliches beinhaltete. Der linke Flügel verstand darunter die sogenannte Volksdemokratie, der rechte die parlamentarische Demokratie. (Man könnte dies daher auch mit der Kontroverse zwischen der

⁹ Seit dem Kriege wurden die Rono-, Nichiro- und Shamin-Gruppe oft auch Suzuki-, Kawakami- und Nishio-Gruppe genannt, entsprechend den Namen ihrer Führer.

¹⁰ Vgl. die Artikel von Inamura und Morito, in: *Journal of Social and Political Ideas in Japan* (JSPJ), Bd. 3, Nr. 1, 1965.

Partei Nennis und Saragats in Italien vergleichen, als die letztere von der ersteren abfiel, oder auch mit der Kontroverse innerhalb der Britischen Labour Partei über das Griechenland-Problem zu Ende des Krieges.) Bis zur Bildung des Kabinetts Katayamas hielt der rechte Flügel die Vormachtstellung innerhalb der Partei. Aber das Versagen des Kabinetts bei der Lösung der damals anstehenden ökonomischen Probleme Japans und die Verwicklung des amtierenden Premierministers Nishio in einen Bestechungsfall, schädigten das Ansehen des rechten Flügels beträchtlich. Das Ergebnis war, daß der linke Flügel offen dem Führungsanspruch des rechten Flügels widersprechen und erfolgreich den Rücktritt des Koalitionskabinetts fordern konnte.

Zusätzlich zu diesen Ereignissen trug die Auseinandersetzung über Probleme des in Aussicht stehenden Friedensvertrages dazu bei, die Position des linken Flügels zu stärken. Nach dem Ingangkommen der Verhandlungen über den Friedensvertrag im Jahre 1950 organisierten viele Intellektuelle, darunter Marxisten und Liberale, einen „Friedensgesprächs-Zirkel“. Es wurden Erklärungen verabschiedet, derart, daß der Friedensvertrag, den die japanische Regierung ratifizieren sollte, allumfassend zu sein habe, d. h. die Sowjetunion einbeziehen müsse; der von Dulles vorgeschlagene Vertragsentwurf wurde als mit der japanischen Verfassung, die jede Art der Rüstung verbietet, nicht vereinbar angesehen und verdammt¹¹. Es wurde ausdrücklich gefordert, daß Japan eine neutrale Außenpolitik betreiben und nicht nur auf jedwelle Wiederbewaffnung verzichten solle, sondern auch jede Erlaubnis für den Bau militärischer Basen den Amerikanern in Japan zu verweigern habe. Durch diese Erklärungen ermutigt, machte der linke Flügel der Partei seine Ablehnung des Friedensvertrages selbst klar deutlich, ganz zu schweigen von seiner Meinung zum Japan-USA-Sicherheitspakt. Der rechte Flügel der Partei unterstützte hingegen den Friedensvertrag mit der Begründung, daß das Erreichen der Unabhängigkeit durch Unterzeichnung des Vertrages immer noch besser sei, als die Verlängerung der Besatzungszeit; er war aber ebenfalls gegen den Sicherheitspakt. Über dieses Problem spaltete sich die JSP im Jahre 1951 in zwei Parteien. Jede von ihnen bestand darauf, weiterhin die Bezeichnung JSP zu führen. Die Presse benannte sie daher, um Verwirrungen zu vermeiden, die Sozialistische Partei des rechten Flügels (RSP) bzw. die Sozialistische Partei des linken Flügels (LSP).

Während der ganzen Periode der Spaltung gelang es dem linken Flügel, viele Anhänger nicht nur aus der Mitte der radikalen Intellektuellen und Gewerkschaftler zu gewinnen, sondern auch aus den Reihen der einfachen Leute, die dem Sozialismus im Grunde ja immer mehr oder weniger skeptisch gegenüberstehen. Das Volk, das während des Krieges unter der Bombardierung gelitten und gelernt hatte, jede mögliche Verwicklung in weitere internationale Konflikte zu hassen, stimmte eifrig für die LSP, ganz einfach weil es glaubte, daß nur eine neutrale Außenpolitik und die Ablehnung von Rüstung es vor einem neuen Desaster retten könnte. „Junge Leute, greift nie mehr zu den Waffen!“ wurde zur proklamatorischen Losung der Partei. Sie forderte im Wahlkampf selbst die Auflösung der Selbstverteidigungskräfte, die unmittelbar vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages geschaffen worden waren, wie auch die Abschaffung des Sicherheitspaktes.

Im Gegensatz zu der ‚Linken‘ war die Stellung der Sozialistischen Partei des rechten Flügels (RSP) nicht so klar und eindeutig. Obwohl sie den Sicherheitspakt im Grunde

¹¹ Eine Zusammenfassung findet sich in: JSPJ, Bd. 1, Nr. 1, 1963.

ablehnte, erklärte sie ihre Opposition gegen den Pakt nicht frei heraus, auch nicht gegen die Selbstverteidigungskräfte, da sie die Gefahr eines Angriffs der kommunistischen Länder nicht verneinte. Sie konnte daher, auch wenn der rechte Flügel einst viel stärker war als der linke Flügel, wenig Unterstützung von den pazifistischen Gruppierungen des Landes erhalten.

Auf der Parteikonferenz des Jahres 1953 nahm die LSP ein Programm an, das von Anhängern der **Rono**-Gruppe entworfen worden war. Es enthielt viele Passagen, die mit den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie unvereinbar waren; dennoch unterstützten viele Leute, die sich eigentlich der Verteidigung der neuen demokratischen Verfassung verschworen hatten, weiterhin diese Partei.

Die konservativen politischen Kräfte Japans, die ebenfalls traditionell in zwei Parteien geteilt waren¹², konnten in der Folgezeit nicht weiterhin sicher sein, die Macht zu behalten, weil es in zunehmendem Maße deutlich wurde, daß die beiden sozialistischen Parteien ihre Sitze im Parlament erhöhen konnten und das, obwohl sie sich gespalten hatten. Daher begannen die beiden konservativen Parteien miteinander hinsichtlich einer Zusammenschmelzung zu verhandeln. Dies veranlaßte wiederum die beiden sozialistischen Parteien, ihre Lage ernsthaft zu überdenken. Der Druck der öffentlichen Meinung in Richtung auf ein Zweiparteiensystem, ebenso wie die Empfehlungen einer Delegation der Britischen Labour Partei im Jahre 1955, ermutigten viele Mitglieder beider Parteien, eine Wiederverschmelzung zu fordern. Nach langen Verhandlungen gingen die beiden sozialistischen Parteien im Jahre 1955 auf der Basis eines Kompromißprogrammes wieder zusammen.

Diese Wiedervereinigung bedeutete aber wiederum weder das Ende der ideologischen Kontroversen noch das der parteilichen Streitereien. So widmeten denn die Parteikonferenzen der Jahre 1956 bis 1959 den Großteil ihrer Zeit den Kontroversen zwischen dem rechten und dem linken Flügel über die Interpretation des Programms, wobei die emotionellen Antagonismen mehr und mehr an Bitterkeit gewannen. Zufällig wurde im Jahre 1959 die Unschuld Nishios, des militanten Sprechers des rechten Flügels, erwiesen, der durch sein angebliches Verwickeltsein in eine Bestechungsaffäre lange Zeit zum Schweigen verurteilt gewesen war. Er tauchte wieder in den ersten Reihen der Partei auf und kritisierte die voreingenommene Haltung des linken Flügels. Dieser begegnete der Kritik, indem er den Parteiausschluß Nishios in der Öffentlichkeit ankündigte. Die Parteikonferenz im Jahre 1959 geriet über dem Disziplinarproblem Nishio ins Durcheinander. Endlich spaltete sich der rechte Flügel mit Anhängern der **Shamin**- und Teilen der **Nichiro**-Gruppe ab und gründete im Jahre 1960 eine neue Partei, die Demokratische Sozialistische Partei (DSP).

In der Zwischenzeit war auch die Gewerkschaftsbewegung in den ideologischen Streit einbezogen worden. Gleich nach dem Kriege waren die Arbeiter, parallel zur Gründung der sozialistischen Parteien, von der Besatzungsmacht ermutigt worden, sich in Gewerkschaften zu organisieren. Innerhalb weniger Jahre waren mehr als 30% aller Beschäftigten in Gewerkschaften auf Unternehmensbasis organisiert. In ihrem Anfangsstadium wurden diese Gewerkschaften von Kommunisten geführt, aber nach dem Mißlingen des versuchten Generalstreiks im Jahre 1947 ging die Führung der

¹² Vor dem Kriege gab es die Seiyukai und Minseito. Nach dem Kriege nahm die erstere den Namen Jiyuto (Liberale), die letztere den Namen Kaishinto (Progressive) oder Minshuto (Demokraten) an.

Bewegung auf anti-kommunistische Gruppen über. Diese Gewerkschaften sind der nationalen Organisation, der **Sôhyo** (Allgemeiner Rat Japanischer Gewerkschaften) angeschlossen, die eine lose Föderation darstellt. Die Führerschaft dieser Organisation wurde jedoch nach und nach von linken Gruppen übernommen, von denen die meisten Mitglieder der Sozialistischen Partei des linken Flügels waren oder ihr zumindest nahestanden. Die abweichenden Auffassungen innerhalb **Sôhyo** führten 1951 zur Spaltung und zur Gründung einer neuen nationalen Organisation, zusammen mit kleinen unabhängigen Gewerkschaften, unter dem Namen **Zenro** (Verband der Japanischen Gewerkschaften); diese unterstützte wiederum die Sozialistische Partei des rechten Flügels. Selbst während der Zeit der Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien (von 1955 bis 1959) konkurrierten diese beiden gewerkschaftlichen Organisationen miteinander. Als im Jahre 1960 die DSP gegründet wurde, stellte sich **Zenro**, die später den Namen **Domei** annahm, hinter diese neue Partei, während **Sôhyo** weiterhin die JSP unterstützte¹³.

Das Wesen des ideologischen Disputs

Im folgenden soll versucht werden, die wichtigsten Punkte, über die die beiden sozialistischen Parteien bzw. Gruppen seit 1951 miteinander gestritten haben, herauszukristallisieren. Das Für und Wider des Friedensvertrages selbst war nicht der eigentliche Grund, sondern allenfalls Symptom des Streits. Es gab vielmehr eine Anzahl von grundlegenden Punkten, bei denen eine Kompromißlösung schwierig sein mußte.

Der erste Punkt hängt eng zusammen mit Wesen und Form der Partei. Die ‚Linke‘ blieb dabei, daß die Partei eine Klassenpartei sein solle, während die ‚Rechte‘ auf ihrer Version der Volkspartei bestand. In diesem Falle bedeutet der Terminus „Klassenpartei“ jedoch nicht das, was z. B. in England darunter verstanden wurde, d. h. eine Partei, die die Klasseninteressen der arbeitenden Klasse vertritt, wie es bei der britischen Labour Partei einst der Fall war. Er bezeichnet vielmehr eine Partei, deren Kern aus Leuten besteht, die sich der historischen Mission der arbeitenden Klasse bewußt sind, eine sozialistische Gesellschaft durch unnachgiebige Klassenkämpfe zu schaffen. Im Gegensatz zur „Klassenpartei“ wird die „Volkspartei“ verstanden als eine Partei, die sich aus allen arbeitenden Menschen, einschließlich Bauern, „weiße-Kragen-Arbeiter“ und Kleinunternehmer zusammensetzt und nationale Interessen nicht vernachlässigt.

Der zweite Punkt war, daß beide Parteien an der Notwendigkeit einer friedlichen und nicht einer gewaltsamen Revolution (die von der JKP hingegen nicht abgelehnt wurde) festhielten (obwohl der rechte Flügel später vom Wort Revolution Abstand nahm, nachdem er die Meinung gewann, daß der Begriff „friedliche Revolution“ ein verbaler Widerspruch sei). Jedoch war der Inhalt dieses Begriffes für jede Partei ein anderer. Auch der linke Flügel betonte die Bedeutung des parlamentarischen Kampfes, sagte aber ebenso, daß parlamentarische Aktivitäten notwendigenfalls auch von außerparlamentarischen in Form von Streiks und Demonstrationen begleitet sein sollten. Der rechte Flügel hingegen lehnte derartige außerparlamentarische Aktivitäten als Mittel zur Erreichung der Machtübernahme ab.

¹³ Sôhyo hat etwa 4 Mill. Mitglieder, Zenro etwa 1,5 Mill.

Der dritte Punkt bezog sich auf das Verhalten gegenüber der parlamentarischen Demokratie, wenn erst einmal die Macht übernommen worden ist. Der linke Flügel meinte, daß eine Partei der Repräsentant von Klasseninteressen sei, und da keine andere Klasse als die arbeitende Klasse in einer sozialistischen Gesellschaft bestehen könne, sei es unnötig, mehr als eine Partei zur Wahrnehmung der Interessen der arbeitenden Klasse zu haben. Von diesem Gesichtspunkt aus war es daher fast natürlich, daß die LSP in ihr Parteiprogramm die Erklärung aufnahm, daß in einer sozialistischen Gesellschaft die Regierung das Recht zur Kontrolle von Rede- und Pressefreiheit habe. Im Gegensatz dazu bestand die RSP darauf, daß eine demokratische Gesellschaft ohne diese Rechte nicht existieren könne; sie verdammt das Programm der ‚Linken‘ als ein weiteres Zeichen für deren totalitäre Ideologie. (Die Argumentation des linken Flügels hat somit eine Parallele zu der Sozialistischen Liga im England der dreißiger Jahre, die die Verabschiedung eines Notstandsgesetzes verlangte, sobald die Labour Partei die Macht übernehme.)

Der vierte Punkt für Meinungsverschiedenheiten betraf die Grundsätze einer sozialistischen Wirtschaft. Der linke Flügel betonte die Notwendigkeit der Nationalisierung der Schlüsselindustrien als Voraussetzung für eine geplante Wirtschaft, während der rechte Flügel die Förderung eines Wohlfahrtsstaates mit einer „mixed economy“ wie beim schwedischen Beispiel favorisierte. Dieser Punkt war jedoch nicht dazu geeignet, viel Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, da es innerhalb der beiden Gruppen nicht allzu viele gab, die die komplizierten Probleme der modernen Wirtschaft verstanden.

Ein letzter wichtiger Punkt der Auseinandersetzung war die Außen- und Verteidigungspolitik. Der Unterschied in der Auffassung rührte her von einer unterschiedlichen Beurteilung der internationalen Lage. Der linke Flügel interpretierte den bestehenden Kalten Krieg zwischen Ost und West als einen Antagonismus zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Seine Schlußfolgerungen, daß die imperialistische Politik, die der Kapitalismus notgedrungen verfolgen müsse, der Grund sei für internationale Spannungen, und daß ein sozialistisches Land von vornherein immun sei gegenüber den Versuchungen zur Expansion, waren jedoch in gewissem Ausmaß tautologisch. In den Erklärungen über die Grundsätze der Bewegung im Hinblick auf die Parteikampagnen, die auf den Parteikonferenzen abgegeben wurden, wird man unzweifelhaft die Behauptung finden, daß der kommunistische Block erfolgreich seine Produktivität erhöhe, während der kapitalistische Block im ganzen gesehen unter den dem Kapitalismus inhärenten Widersprüchen leide.

Da der linke Flügel keinen eindeutigen Unterschied machte zwischen der bestehenden „sozialistischen Gesellschaft“ in den kommunistischen Ländern und der sozialistischen Gesellschaft, deren Schaffung er sich vorgenommen hatte, war er von Anfang an geneigt, zumindest moralisch, mit den östlichen Ländern zu sympathisieren. Und obwohl er eine neutrale Außenpolitik verlangte, neigte er, von seiner allgemeinen Orientierung her besehen, mehr zum kommunistischen Block. Das dürfte auch der Grund sein, warum viele der Delegationen des linken Flügels, die nach Peking gesandt wurden, gemeinsame Deklarationen unterzeichneten, in denen die USA angegriffen werden.

Der rechte Flügel machte seine Position in dieser Hinsicht erst nach der Annahme eines neuen Programms für die DSP im Jahre 1960 klar. Die DSP betrachtete den Kalten Krieg zwischen Ost und West nicht als einen Konflikt zwischen Sozialismus

und Kapitalismus, sondern vielmehr als einen Konflikt zwischen Kommunismus und Demokratie. Von daher wurde abgeleitet, daß Japan mit seiner demokratischen Verfassung sich auf die Seite des westlichen Blocks schlagen solle. Sie bestand nun darauf, daß Japan seine Selbstverteidigungskräfte beibehalten solle, bis eine Weltregierung geschaffen sei, der Sicherheitspakt war für sie ein notwendiges Übel.

Man muß nicht besonders betonen, daß der Ideologie des linken Flügels der sozialistischen Partei die marxistische Interpretation von Geschichte, Staat und Gesellschaft zugrunde liegt. In diesem Zusammenhang sei auf einen wesentlichen Unterschied zwischen JSP und der britischen Labour Partei verwiesen. Im Falle der letzteren sind die wichtigsten Dokumente, über die in der Vergangenheit diskutiert wurde, politische Aussagen und Programme, die die Politik klarmachen sollten, die von einer sozialistischen Regierung einzuschlagen sei, sobald die Partei an die Macht komme. Dagegen handelt es sich im Falle der JSP bei den wichtigsten Dokumenten, die innerhalb der Partei hitzige Diskussionen auslösten, um Aussagen und Programme über die Grundsätze der Bewegung selbst. Weiter Raum wird der Analyse der bestehenden Situation gegeben, nicht nur in Japan, sondern in der Welt insgesamt. Dabei wird die momentane Situation meist dahingehend beschrieben, daß der Kapitalismus im Untergang begriffen sei, während die Arbeiterbewegung in ihrem Widerstand gegen den Kapitalismus an Schwung gewönne. Nach einer solchen Analyse folgt die Beschreibung von Strategie und Taktik zur Überwindung des Kapitalismus. Das Dokument sagt dagegen in aller Regel nichts über die Politik, die nach der Machtübernahme von einer sozialistischen Regierung zu verfolgen sei. Dieses „Offenlassen“ entspringt der Annahme, daß die Diskussion über die Politik in einer zukünftigen Gesellschaft besser utopischen Sozialisten zu überlassen sei, daß hingegen die Aufgabe der wissenschaftlichen Sozialisten darin bestehe, den Klassenkampf zu intensivieren, im Sinne des Gesetzes der unausweichlichen Entwicklung der Gesellschaft.

Daraus folgernd stellt sich die Frage, worin die ideologische Differenz zwischen dem linken Flügel der JSP und der JKP liegt. Eine wesentliche Differenz gab es nicht, insofern und so lange beide der marxistischen Ideologie anhingen. Der Unterschied lag eher bei der Strategie und Taktik der Revolution. Die JKP, die der Theorie der Zwei-Stufen-Revolution anhing, beschrieb die Situation des Nachkriegs-Japan als vom amerikanischen Imperialismus „halb-besetzt“¹⁴. Daher hielt sie daran fest, daß die Betonung im Kampf auf die nationale Unabhängigkeit gelegt werden solle und daß dabei die Unterstützung der friedliebenden Länder, d. h. der kommunistischen, zu suchen sei. Gemäß ihrer Theorie sollte die erste Stufe der Revolution von einer geeinten Front aller Werktätigen, einschließlich der nationalen Bourgeoisie getragen werden; während des Prozesses der zu gewinnenden Unabhängigkeit sollte diese Revolution in eine sozialistische, unter Führung der KP, transformiert werden. Solange sie dieser Theorie anhing, konnte sie die These der gewaltsamen Revolution nicht aufgeben¹⁵.

Im Gegensatz dazu bezeichnete der linke Flügel der Sozialistischen Partei das bestehende Japan als „unterworfenen Land“. Als hauptsächlicher Feind der arbeitenden

¹⁴ Auf dem 7. Kongreß 1958 der JKP wurde ein diesbezügliches Programm abgelehnt, aber nach Änderungen auf dem 8. Kongreß 1961 angenommen.

¹⁵ In dem betreffenden Programm heißt es, daß es auf die Führung der herrschenden Klasse ankomme, ob die Revolution durch friedliche Mittel durchgeführt werde oder nicht.

Klasse wurde die monopol-kapitalistische Klasse Japans angeprangert. Daher die Folgerung, daß das Ziel des Kampfes darin bestehe, die japanische Regierung und die kapitalistische Gesellschaft nicht mit Waffengewalt und Revolte zu stürzen, sondern durch parlamentarische Methoden, die nötigenfalls durch außerparlamentarische Methoden zu unterstützen seien. Die Notwendigkeit eines anti-amerikanischen Kampfes wurde zwar auch zugegeben, man meinte jedoch, daß dieser dem Hauptkampf unterzuordnen sei. International gesehen schlug man sich auf die Seite des Dritten Blocks, insbesondere zu Jugoslawien, VAR und Indonesien.

Die jüngsten Entwicklungen

Das Jahr 1960 scheint aus zwei Gründen eine wichtige Wendemarke für die japanische sozialistische Bewegung gewesen zu sein. Einmal wegen der Gründung der DSP, zum andern wegen der Zuspitzung der Demonstrationen gegen den Sicherheitspakt, die im Rücktritt der Kishi-Regierung gipfelten. Bei den allgemeinen Wahlen unmittelbar nach Gründung der DSP reduzierten sich ihre Sitze im Abgeordnetenhaus jedoch auf 17. In den sechziger Jahren gelang es der Partei zwar, wieder an Stärke zu gewinnen — bei den Wahlen von 1967 errang sie 30 Sitze —, sie stagnierte dann aber und erhielt bei den kürzlich abgehaltenen Wahlen (im Dezember 1969) nur 31 Sitze.

Die Gründung der DSP und das rapide Wachstum der japanischen Wirtschaft hatten verschiedene weitreichende Auswirkungen auf die JSP. Unter dem Eindruck der Unpopularität der **Rono**-Theorie in der Öffentlichkeit fing die jüngere Generation innerhalb der JSP an, nach neuen Ideen zu suchen. Auch die Einsicht, daß selbst die Massendemonstrationen, die gegen die Ratifizierung des Sicherheitspaktes stattfanden, den Sozialisten nicht mehr Sitze im Parlament brachten, forderte zu einem Überdenken der Theorie heraus. Die neue Richtung wurde von Eda angeführt, der einst Mitglied der **Rono**-Gruppe war, von deren alten Dogma er aber nicht mehr viel wissen wollte. Der Start der neuen Bewegung innerhalb der Partei fiel zeitlich zusammen mit der Einführung einer neuen Theorie des Sozialismus, die „strukturelle Reform“ genannt wurde und deren geistige Vaterschaft Togliatti zugeschrieben wird. Die Gruppe um Eda nahm diese neuen Gedanken mit viel Enthusiasmus auf und versuchte sie zu assimilieren¹⁶; auch innerhalb der JKP fanden sie Widerhall¹⁷.

Dem neuen Gedankengut entsprechend kann eine sozialistische Gesellschaft nicht — wie die **Rono**-Gruppe glaubte — ein für allemal verwirklicht werden, sondern nur nach und nach und durch akkumulierte Reformen innerhalb der bestehenden Gesellschaft. Die wichtigste Aufgabe für die Partei bestehe darin, so viele Bürger wie möglich zu überzeugen und zu gewinnen, von denen anzunehmen sei, daß sie dem Monopolkapitalismus opponierten; daneben seien so viele Zugeständnisse wie möglich von den Monopolkapitalisten (unter dem Druck organisierter Bürger und Arbeiter) zu ertrotzen, sowohl innerhalb des Parlaments wie außerhalb. Die Eda-Gruppe hing zwar noch der Revolutionsidee an, da sie annahm, daß die Möglichkeiten akkumulierter Reformen innerhalb des bestehenden Systems beschränkt seien und daß es

¹⁶ Die „Struktur-Reform-Gruppe“ innerhalb der JSP war wiederum in zwei Untergruppen gespalten.

¹⁷ Innerhalb der JKP trat die Gruppe um S. Kasuga für die „Struktur-Reform-Theorie“ ein, die daraufhin aus der Partei ausgeschlossen wurde.

nötig sei, hinter diesen Grenzen schließlich eine Revolutionsstufe zu haben. Unter Revolution wird hierbei jedoch eine Machtübernahme verstanden, nicht unbedingt eine gewaltsame Erhebung. Der Hinweis auf die Revolution ist eher ein Überbleibsel des „Opiums der Intellektuellen“ bzw. dazu gedacht, die Alten bei der Stange zu halten, die beim Wort „Revolution“ noch wehmütige Gefühle entwickeln. Die Betonung ist in Wirklichkeit aber längst auf Gradualismus gelegt.

Es ist kaum zweifelhaft, daß dies eine neue Art des „Revisionismus“ ist. In Übereinstimmung mit der geänderten Strategie ist auch eine neue Interpretation des Marxismus hervorgebracht worden. Beispielsweise wird gesagt, daß in dem Maße, wie die Demokratie fortschreite, der Staat, der ehemals ausschließlich Mittel der Klassenunterdrückung gewesen sei, sein Wesen verändere, das schließlich in eine Mischung von Klassenunterdrückung und Wohlfahrtsförderung übergehe. Daraus wird geschlossen, daß Lenins Theorie einer Strategie, den bestehenden Staatsapparat durch gewaltsame Erhebungen zu vernichten, veraltet sei.

Mit diesem theoretischen Hintergrund überraschte Eda sowohl innerhalb der Partei als auch außerhalb mit einem Artikel, der im Jahre 1962 unter dem Titel „Eine neue Vision des Sozialismus“ veröffentlicht wurde¹⁸. Darin wird ausgeführt, daß ein neues Bild einer sozialistischen Gesellschaft auf der Basis von vier Säulen zu schaffen sei: der parlamentarischen Demokratie in England, dem hohen Lebensstandard in den USA, dem System der sozialen Sicherheit in der Sowjetunion und der pazifistischen Verfassung in Japan. Diese Ausführungen verursachten einen wahren Schock, um so mehr als zum erstenmal in der Geschichte der Sozialistischen Partei des linken Flügels ein Führer die USA als wesentliche Modellkomponente für die zu schaffende Gesellschaft zitierte.

Der Parteikongreß der JSP im Jahre 1962 brachte eine erbitterte Kontroverse über diese neue Theorie. Als Strategie und Parteilinie wurde sie offiziell abgelehnt, als Taktik jedoch anerkannt. Beim Kampf um den Parteivorsitz während des Kongresses im Jahre 1966 gelang es Eda, die Unterstützung von fast der Hälfte aller Delegierten zu erringen, obgleich er am Ende besiegt wurde. Es schien durchaus so, als bräche in der Partei dasselbe Kampfmuster aus wie vor der Abspaltung der DSP. Obwohl die JSP es ablehnte, die Parteiplattform auf der Parteikonferenz zu überdenken, praktizierte sie die reformistische Linie. Die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis und der Kampf um die Führerschaft unter den Parteigruppierungen ramponierte nicht nur die Moral der Mitglieder, sondern kostete auch Sympathien seitens der Wählerschaft. In den sechziger Jahren konnte die JSP ihre Sitze im Abgeordnetenhaus nicht erhöhen, und während sie 1967 noch 140 Sitze errang, mußte sie bei den Wahlen im Dezember 1969 50 davon abgeben.

Geht man in der Beurteilung vom Ergebnis der kürzlich stattgefundenen Wahlen aus, so scheint es, als ob der japanischen sozialistischen Bewegung eine kritische Zeit bevorsteht. Die Wähler, die bisher die JSP unterstützten und sie 1969 verließen, gingen nicht zur DSP über, sondern wählten zum Teil die JKP, zum Teil die **Komeito**, die vor einigen Jahren als Tochter einer religiösen Organisation, der **Sokagakkai**, gegründet worden war. Die Gründe, warum die DSP nicht rasch an Stärke gewinnen konnte, liegen offenbar nicht darin, daß der demokratische Sozialismus im Volke völlig unpopulär ist, sondern sind viel eher Ausfluß der Tatsache, daß die Partei-

¹⁸ Abgedruckt in: JSPJ, Bd. 1, Nr. 2, 1963.

mitglieder nicht sehr aktiv in der Verbreitung ihrer Ideen waren und daß sie die 'Übersetzung' ihrer Ideen in konkrete Politik und als Alternative zur Politik der Regierung nicht formulieren konnten. Wie auch immer, die japanische sozialistische Bewegung ist jetzt auf dem Prüfstand. Entweder wird sie die Bedeutung des Sozialismus neu überdenken, um der sich rasch wandelnden industriellen Gesellschaft begegnen zu können, indem sie veraltete Dogmen über Bord wirft und aktiver wird, oder sie wird zu einer kleinen Sekte von Intellektuellen zusammenschrumpfen.